



Dr. habil. Konstantin A. Kholodilin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN FRAGEN AN KONSTANTIN KHOLODILIN

»Der Ölpreis spielt für den Wechselkurs des Rubels eine viel wichtigere Rolle als Sanktionen«

- Herr Kholodilin, wie hat sich der Kurs des Rubels in den letzten Jahren entwickelt? In den letzten Jahren wurde der Wechselkurs des russischen Rubels sehr stark abgewertet. Während 2013 ein Euro noch ungefähr 40 Rubel kostete, sind es derzeit schon rund 75 Rubel pro Euro. Diese Abwertung ist sehr viel stärker, als sie es während der Großen Rezession 2008/2009 war.
- Worauf ist der Fall des Rubels zurückzuführen? Zum einen ist der Ölpreis seit Mitte 2014 von circa 80 US-Dollar pro Barrel auf etwa 40 US-Dollar gesunken. Gleichzeitig haben die westlichen Länder Sanktionen gegen Russland und Russland Sanktionen gegen die sanktionierenden Länder verabschiedet. Beide Faktoren können einen negativen Einfluss auf die russische Währung haben. Wir haben aber festgestellt, dass der Ölpreis eine viel wichtigere Rolle spielt als die Sanktionen.
- Welchen Einfluss hat der schlechte Wechselkurs auf die russische Wirtschaft? Russland ist sehr stark in die internationale Wirtschaft involviert, vor allem ist es von den Exporten der Rohstoffe abhängig, aber auch vom Konsum- und Kapitalgüterimport. Das heißt, was die Russen auf ihren Tisch bekommen, kommt oft aus dem Ausland. Durch den niedrigen Wechselkurs steigen also die Preise für ausländische Lebensmittel und Konsumgüter. Zudem sind die Unternehmen auf ausländische Maschinen und Technologien angewiesen. Durch den niedrigen Wechselkurs wird es für die Unternehmen schwer, ihre Investitionspläne durchzuführen, und das dämpft natürlich die Aussichten der Wirtschaft.
- Inwieweit kann das der russische Binnenhandel ausgleichen? Vor allem die Einfuhr von Lebensmitteln aus sanktionierenden Ländern wurde vom russischen Staat verboten. Das heißt, sie werden nicht nur teurer, sondern sie verschwinden aus dem Markt. Man könnte erwarten, dass russische Unternehmen diese Nische besetzen und die ausländischen Produkte durch eigene Produkte ersetzen. Doch die Qualität der russischen Waren ist meist schlecht, und um die Produktion zu erweitern, brauchen die russischen Unternehmen wiederum ausländische Maschinen, die schwer zu bekommen oder zu finanzieren sind.
- Was unternimmt Russland, um den Rubel zu stützen? Russland hat zunächst seine Währungsreserven verwendet, um das Angebot an US-Dollar zu erweitern und dadurch die Abwertung des Rubels zumindest zu bremsen. Dann hat man den Leitzinssatz erhöht und auch dadurch eine Aufwertung des Rubels bewirkt. Diese Politik ist aber langfristig von Nachteil, weil die Erhöhung des Leitzinses dazu führt, dass das allgemeine Zinsniveau steigt, was sich negativ auf die Investitionen auswirkt. Auch die Gegensanktionen, die Russland verabschiedet hat, konnten den Rubel etwas stützen.
- Was bedeutet der niedrige Rubel für die westlichen Staaten? Für die westlichen Staaten bedeutet der niedrige Rubel eine niedrigere Wettbewerbsfähigkeit auf dem russischen Markt, weil der Preis in Rubel für die ausländischen Produkte natürlich stark gestiegen ist. Die westlichen Unternehmen könnten ihre Produktion in Russland erweitern, aber durch die Sanktionen sind diese Unternehmen mehr und mehr verunsichert. Einige überlegen schon, ob sie die bereits existierende Produktion in Russland überhaupt weiterführen oder vielleicht aufgeben.
- Ist es sinnvoll, dass die westlichen Länder die Sanktionen gegen Russland beibehalten? Ein Ergebnis unserer Untersuchung ist, dass die westlichen Sanktionen kurzfristig kaum einen Effekt auf den russischen Rubel haben. Durch ausbleibende Investitionen können die Sanktionen jedoch langfristig einen stärkeren Einfluss auf die russische Wirtschaft haben. Es ist aber die Frage, ob der Westen bereit ist, solange zu warten, bis die Sanktionen endlich wirtschaftlich spürbar werden und zu einer Änderung des Politikurses führen, während man gleichzeitig in Kauf nehmen muss, dass auch die eigene Wirtschaft unter den Sanktionen leidet. Aus Erfahrung wissen wir, dass Sanktionen bei so großen Staaten auch langfristig keinen großen Einfluss auf den Politikurs haben.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Katharina Pijnenburg

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.